

16.11.01**Empfehlungen**
der AusschüsseFz - Inzu **Punkt** der 770. Sitzung des Bundesrates am 30. November 2001

Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung**A****1. Der Ausschuss für Innere Angelegenheiten**

empfiehlt dem Bundesrat, zu dem Gesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes mit dem Ziel der Aufhebung des Gesetzes zu verlangen.

Begründung:

Der Bundesrat lehnt die Erhöhung der Tabak- und Versicherungsteuer aus grundsätzlichen steuer- und wirtschaftspolitischen Gründen ab. Steuererhöhungen sind angesichts der derzeitigen konjunkturellen Abschwächung und des Rückgangs des Wirtschaftswachstums ein schwerer wirtschafts- und finanzpolitischer Fehler und schwächen die wirtschaftliche Entwicklung. Die Steuererhöhungen sind insgesamt ein falsches Signal, unter dem nicht nur der private Konsum leiden wird.

Vor dem Hintergrund der ausgeprägten konjunkturellen Schwäche und der damit verbundenen Rezessionsgefahr in Deutschland sind Steuerentlastungen - nicht Steuererhöhungen - das Gebot finanz- und steuerpolitischen Handelns. Die Erhöhung der Tabak- und Versicherungsteuer läuft den Bestrebungen zur Senkung der Abgabenquote diametral zuwider. Diese Steuererhöhungen werden demgemäß von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrem Herbstgutachten zu Recht als „schlechteste Lösung“ kritisiert.

Ausgeliefert am 20. NOV. 2001

...

B

Im federführenden **Finanzausschuss** ist eine Empfehlung an das Plenum nicht zustande gekommen.